

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe mai 2007



Herausgeber, V.i.S.d.P
Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Markus Löning, Peter Lundkowski, Katja v. Maur, Peter Pawłowski, Frauke Sander, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe
Silke Adam, Sebastian Czaja
Horst Friedrich, Erwin Loßmann

Leserbriefe

Klaus-Peter v. Lüdeke, Heinz-Jürgen Schmidt

FDP in Mitte im Internet
www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

**liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe mai 2007**

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

der Mai ist gekommen, und aus einer politischen Perspektive ist zu hoffen, dass Sie den frühlingsbedingten Hormonschub – zumindest zum Teil – in Engagement für die liberale Sache umsetzen können. Eine erfreulich unübersehbare Vielzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten von Gliedverbänden und Vorfeldorganisationen aller Ebenen bietet jedem Beitrag einen Rahmen.

An aktuellen Themen herrscht jedenfalls kein Mangel. So versagen etwa die sozialdemokratischen Koalitionen in Bund und Berlin weiterhin in der zukunftstauglichen Gestaltung unserer politischen Ökonomie, und frivole Jubelmeldungen über per Bilanzfalschungen errechnete Daten (insbesondere angeblich sinkende Arbeitslosenzahlen) begleiten den Niedergang unseres Landes als schauriger Chor. Im Bereich der Innenpolitik betreibt der Bund den Aufbau eines von allen Hemmungen befreiten und technologisch totalen (wenngleich aber sicherheitspolitisch weitgehend sinnlosen) Überwachungsstaates, von welchem Erich Mielke und Hermann Göring nur hätten träumen können – mit gutem Grund mag man heutzutage mehr Angst vor Wolfgang Schäuble haben denn vor Osama bin Laden. Hier und in vielen anderen Politikfeldern gibt es für Liberale viel zu tun.

Politische Aktivität setzt oft auch finanzielle Ressourcen voraus, und in dieser Sache erlaube ich mir einen Appell: Der monatliche Mindestbeitrag für eine Mitgliedschaft in der FDP beträgt – nach freiwilliger Selbsteinschätzung – 0,5 % der monatlichen Bruttoeinkünfte (üblicherweise aber mindestens 10 Euro), und die Mitgliedsbeiträge sind periodisch unaufgefordert im Voraus zu leisten. Wenn Sie alle sich nun einen Moment des Innehaltens gönnen, die von Ihnen selbst festgelegte Beitragshöhe in Ihren Gedanken überprüfen und gegebenenfalls nach oben anpassen, dann werden wir dem Wahren, Schönen, Guten und Liberalen in Zukunft noch besser dienen können als bisher.

In diesem Sinne: Setzen Sie sich ein wenig in die Sonne und genießen Sie die globale Erwärmung, so lange es sie noch gibt.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Ein freier Mensch muss es ertragen können, dass seine Mitmenschen anders handeln und anders leben, als er es für richtig hält.

Ludwig von Mises

Lagebericht des Vorsitzenden

Eindeutige Positionen vertreten, Veränderungen zum Besseren umsetzen

von Henner Schmidt

Politik ist aus Sicht der nicht ständig politisch Aktiven oft frustrierend. Zum einen erzeugt es Frust, wenn die Bürger sich den Maßnahmen der Regierenden hilflos ausgeliefert fühlen, z.B. bei der derzeit laufenden Welle, alles verbieten und kontrollieren zu wollen, was ungern oder unmoralisch erscheint – vom Rauchen über Flatrate Parties bis zum Autofahren. Diese Tendenz hat Frauke Sander im letzten LC klar benannt – und selten hatten wir so viel Feedback von Lesern, die sich dadurch genau angesprochen fühlten.



Zum anderen sind die Bürger verdrossen, wenn die Verantwortlichen in der Politik sich offensichtlich vor wichtigen und nötigen Entscheidungen drücken. Das gilt auf Bundesebene für die große Koalition, die fast alle wesentlichen Festlegungen umgeht und offensichtlich glaubt, durch den konjunkturell bedingten Wirtschaftsaufschwung der Notwendigkeit zu strukturellen Reformen bei Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen oder Staatsverschuldung enthoben zu sein.

Das gilt auch für die rot-rote Koalition, die in Berlin den Senat stellt. Von Regieren kann hier kaum eine Rede sein; statt dessen werden die Ressourcen mit sinnlosem Geplänkel um die Einheitsschule oder die wirkungslose Umweltzone vertändelt oder man verhindert mit rational nicht mehr nachvollziehbarer Inbrunst Tempelhofs Weiterbetrieb. Investorenwerbung? Abbau der Subventionen? Entbürokratisierung? Bessere Infrastruktur? Mehr Bildungschancen? Eigene Anstrengungen, um gute Bedingungen für das Entstehen von Arbeitsplätzen zu schaffen? Wieso denn, wenn Steuereinnahmen und Finanzausgleich auch ohnedies reichlich fließen!

Auch die Bundes-FDP hält sich derzeit bei aktuellen kontroversen Themen leider eher zurück. Schon jetzt werfen offensichtlich die Wahlkämpfe einiger Bundesländer ihre Schatten voraus. Ob Nichtraucherschutz oder Erbschaftssteuer: Die FDP scheint zu glauben, dass sie gewinnt,

wenn sie besser gar keine öffentliche Position einnimmt.

Auch die Bürgergeld-Debatte geht völlig an der FDP vorbei, obwohl wir sehr früh dazu Konzepte entwickelt haben, ebenso die Debatte zur Kinderbetreuung – dabei haben wir doch eine bessere Versorgung schon im letzten Wahlprogramm gefordert. Sich bedeckt zu halten, geht aber nur so lange gut, wie der Gegner schwach ist.

Die Stärke der FDP ist derzeit nur geborgt und beruht auf der Schwäche der großen Volksparteien. Langfristig kann die FDP aber nur durch kompromisslose Positionierung mit klarem Fokus im Bereich ihrer Kernthemen gewinnen. Nett sein und allen alles versprechen – das können die anderen besser. Die FDP könnte statt dessen konzeptionelle Avantgarde sein und den interessierten und engagierten Bürgern und Bürgerinnen konkrete Problemlösungen anbieten, auch wenn viele sie dafür nicht so sehr mögen.

Auch bei den bezirklichen Themen sollten wir versuchen, einen klaren Fokus zu haben und Kurs zu halten. Der Bezirksvorstand hat dazu auf einer Klausurtagung Kernthemen für die bezirkliche Arbeit in diesem Jahr entwickelt. Dazu gehören die uneingeschränkte Unterstützung der Clubszenen, die Förderung ehrenamtlicher und privater Kulturaktivitäten auch im Konflikt mit öffentlichen Aktivitäten (wie z.B. den bezirklichen Kunstgalerien), die gezielte Ansprache und Interessenvertretung für die kleinen Unternehmer und Gewerbetreibenden und die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft. Zusätzlich werden wir Aktionen für Fahrradfahrer und zur Erhöhung der Qualität von Kitas und Horten starten.

Wir füllen damit den strategischen Rahmen, den die Landespartei und die Abgeordnetenhausfraktion gesetzt haben. Mehr Wettbewerb, Exzellenz in der Bildung, größere Teilhabe gesellschaftlicher Gruppen und mehr Lebensqualität wollen wir auch konkret bei uns in Mitte erreichen. Wir wollen bei diesen Themen zeigen, dass wir eindeutige und nicht aufgeweichte Positionen vertreten und dass wir diejenigen sind, die Veränderungen zum Besseren auch umsetzen können.

Unser Wahlkampfmotto „Zeit für Macher“ gilt weiter.

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Für die Glaubwürdigkeit unserer Partei: Auseinandersetzung mit Schäuble offensiv führen!

von *Erwin Loßmann*



Vor zwei Jahren kamen unsere Bundesparteitagsdelegierten aus Mitte voller Elan und Freude vom Kölner Parteitag zurück. Sie hatten aktiv an den liberalen Beschlüssen zur Wahrung der bürgerlichen Freiheiten in einem demokratischen Rechtsstaat mitgewirkt. Wir sind jetzt wieder die Rechtsstaatspartei in Deutschland, so ihr Fazit.

In der Praxis stellt sich allerdings die Frage: Wie verbindlich werden solche Beschlüsse von den Funktionsträgern der FDP angesehen? Wie viel gelten sie in Landesverbänden, die an Landesregierungen beteiligt sind?

In Niedersachsen hat die FDP gemeinsam mit der CDU eines der schärfsten Landes-Polizeigesetze überhaupt verabschiedet, mit schweren Eingriffen in bürgerlichen Freiheiten. Das Bundesverfassungsgericht kippte auch prompt dieses Gesetz.

In NRW wurde unter Federführung des von der FDP geführten Innenministeriums ein Landesverfassungsschutzgesetz geschaffen, an dem Herr Schäuble sicher seine Freude hat. Verfassungsschützer dürfen nämlich heimlich private Computer anzapfen. Übrigens hatte Herr Schily als Bundesinnenminister dem Bundesamt für

Verfassungsschutz per Verordnung eben diese Praxis auch erlaubt, seine eigene Verwaltung hatte den Vollzug der Anordnung dann aber nach einiger Zeit gestoppt. Gegen das NRW-Gesetz hat nun unser Parteifreund und Ex-Bundesinnenminister Gerhart Baum Beschwerde in Karlsruhe eingereicht. Man darf auf das Urteil gespannt sein.

Da unsere Bundestagsfraktion erkannt hat, dass Bundesinnenminister Schäuble massiv seine – bereits von Amtsvorgänger Schily begonnenen – Bestrebungen fortsetzt, einen totalen Überwachungsstaat zu schaffen, hat sie auf ihrer Klausurtagung am 23. April ganz klare Beschlüsse zur Wahrung der Balance zwischen der Freiheit in einem liberalen Rechtsstaat und dem notwendigen Sicherheitsbedürfnis bei der Terrorismusbekämpfung gefasst.

Je näher die Bundestagswahl 2009 kommt, um so härter wird nunmehr die Auseinandersetzung in dieser Frage mit der CDU geführt werden müssen.

Auf der Grundlage der genannten Beschlüsse unseres Bundesparteitages und unserer Bundestagsfraktion können wir diese Auseinandersetzung mit Herrn Schäuble offensiv führen.

Vor wenigen Tagen, am 25. April dieses Jahres, hat Verfassungsrichter Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio auf Einladung von Wolfgang Gerhardt bei der Friedrich-Naumann-Stiftung eine bedeutende Rede zur Wahrung der bürgerlichen Freiheit in einem demokratischen Rechtsstaat gehalten. Die Spalten von Partei und Fraktion zollten großen Beifall.

Es bleibt die Frage: Schafft die Bundesspitze es, die in Landesregierungen verantwortlichen Minister dazu zu veranlassen, die einschlägigen Bundesparteitagsbeschlüsse – und die Forderungen der Bundestagsfraktion – auch in ihrem Bereich umsetzen? Schafft die Bundesspitze es, die Funktionsträger unserer Partei dazu zu veranlassen, dass sie die Beschlüsse unserer Partei ernst nehmen?

Der Glaubwürdigkeit unserer Partei würde das sehr gut tun.

Erwin Loßmann ist der Schatzmeister des OV Wedding

Gastkommentar

Verkehrspolitik intelligent

von Horst Friedrich

Die verkehrspolitische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wird in der nächsten Dekade maßgeblich durch das weitere Zusammenwachsen der Europäischen Union und der voranschreitenden Globalisierung geprägt werden. In diesem Zusammenhang muss sich die Politik den wachsenden Herausforderungen stellen und zukunftsfähige Konzepte entwickeln. Nur mit exzellenten Ideen, belastbaren Konzepten und Kreativität wird die Bundesrepublik ihre Spitzenposition in Europa nachhaltig behaupten können. Der jetzigen Regierung gelingt es allerdings nicht, die notwendige Pflege und den Ausbau der Infrastruktur angemessen voranzubringen. Deutschland droht den sehr guten Ruf für seine Infrastruktur und damit einen wichtigen „Standortfaktor“ zu verlieren.

Eines der größten und aktuellsten ordnungspolitischen Projekte in Deutschland ist im Moment die Bahnreform. Ziel ist es, durch eine Privatisierung der Deutschen Bahn AG (DB) deren Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und das Angebot für den Bahnkunden qualitativ und quantitativ zu verbessern. Das Schienennetz muss bei diesem Prozess unbedingt im Eigentum des Bundes bleiben, um einen diskriminierungsfreien Wettbewerb auf der Schiene zu garantieren und zu fördern. Bei dem jetzt geplanten, so genannten „Eigentumssicherungsmodell“, soll jedoch der Einfluss des Bundes auf das Netz für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren an die DB abgetreten werden. Der Bund muss jährlich 2,5 Mrd. Euro für den Erhalt und den Ausbau des Schienennetzes verpflichtend bereitstellen, hätte aber gleichzeitig nur noch sehr eingeschränkte Sanktionsmöglichkeiten gegen die DB als Betreiberin. Das Schienennetz bliebe im juristischen Eigentum des Bundes, würde aber als wirtschaftliches Eigentum der DB behandelt und auch bei der DB bilanziert. Diese Konstellation ist für uns suspekt, stößt im Übrigen auch auf verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit Art. 87e Grundgesetz.

Des Weiteren gelingt es der Bundesregierung nicht, die gesetzliche Grundlage für eine Umgestaltung der Deutschen Flugsicherung (DFS) un-



ter Berücksichtigung eines von der EU gemeinschaftlich organisierten Luftraumes (Single European Sky – SES), zu schaffen. Die DFS soll gemäß SES in die Lage versetzt werden, im europäischen Umfeld über den nationalen Rahmen hinaus die Flugsicherung zu optimieren. Die Teilnahme der DFS am europäischen Konsolidierungsprozess soll den Luftverkehrsstandort

Deutschland stärken und verhindern, dass die Flugsicherung zum limitierenden Faktor für das Wirtschaftswachstum wird. Anfang der 1990er Jahre wurden bereits die rechtlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige und moderne DFS geschaffen. Damit die DFS auch im SES weiter erfolgreich arbeiten kann, ist nun eine Änderung des Art. 87d Abs. 1 GG zwingend notwendig. Nur so kann die DFS auch über die deutschen Grenzen hinaus tätig werden. Die jetzige Bundesregierung hat aber nicht den Mut, eine Verfassungsänderung vorzunehmen und kapituliert somit vor der Wirklichkeit. Bereits heute ist eine funktionierende europäische Flugsicherung nur durch grenzüberschreitende Kooperation zwischen den Flugsicherungen der einzelnen europäischen Staaten möglich. Auch in diesem Bereich droht der Bundesrepublik ein Rückfall in das europäische Mittelmaß.

Der Mangel an Visionen spiegelt sich auch beim Umgang der großen Koalition mit dem Verkehrsträger Straße wieder. Ein Drittel des europäischen Personen- und Güterverkehrs fließt heute durch Deutschland. Wird in Straßeninfrastruktur investiert, entsteht bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit ein Rückfluss des investierten Geldes, da der Verkehr effizienter wird und dieser Umstand positive wirtschaftliche (und im Übrigen auch ökologische) Effekte zur Folge hat. Gegenwärtig zahlen die Straßenverkehrsteilnehmer etwa 53 Mrd. Euro Steuern und Abgaben. Der Bund investiert jedoch weniger als ein Zehntel dessen in Erhalt und Ausbau des Straßennetzes. Eine Erhöhung und Verstetigung der Mittel ist unbedingt erforderlich.

Diesen Defiziten der aktuellen Verkehrspolitik steht liberale Verkehrspolitik für mehr Mobilität und Wachstum mit weniger Belastung für Umwelt und mehr Lebensqualität gegenüber.

Horst Friedrich MdB (LV Bayern), verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Zum Thema

Menschenrechte und Freiheit in Deutschland – was tun gegen FGM?

von Silke Adam

Dieses Thema steht schon länger auf der Agenda des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages. 150 Millionen Menschen sind weltweit betroffen und täglich werden es mehr. Die Rede ist von weiblicher Genitalverstümmelung (female genital mutilation, abgekürzt als FGM).



Nach Definition der Weltgesundheitsorganisation wird FGM als jede nichttherapeutische religiös oder kulturell begründete, teilweise oder vollständige Entfernung oder Verletzung der weiblichen äußeren Genitale bezeichnet. Es gibt verschiedene Formen von FGM, angefangen vom Entfernen der Klitorisvorhaut über das Herausschneiden der kompletten Klitoris sowie der kleinen und großen Schamlippen mit anschließendem Zunähen der Restvulva bis zum Auschaben der Vagina. Folgen für die Mädchen sind lebenslanges Leiden, Unfruchtbarkeit oder sogar der Tod – des eigenen oder eines Kindes durch Komplikationen bei der Geburt.

Nichtregierungsorganisationen schätzen die Zahl der so verstümmelt in Deutschland lebenden Frauen auf 20.000; auf Grund der hohen Anzahl ist davon auszugehen, dass auch in Deutschland und auch in Berlin derartige Menschenrechtsverletzungen an Minderjährigen begangen werden.

Zu Zeiten der letzten Strafrechtsreform hielt man es aber nicht für notwendig, weibliche Genitalverstümmelung explizit als Strafrechtsbestand in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. Tatsächlich ist aber seitdem kein einziges Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Angesichts dessen und auch der Tatsache, dass weibliche Genitalverstümmelung als „Tradition“ in Europa schon seit Jahrzehnten bekannt ist, stellt sich für mich als weibliches und Berliner FDP-Mitglied die Frage, wie wir im 21. Jahrhundert im Hinblick auf die zunehmende Migration betroffener Frauen und Mädchen umgehen wollen.

Was können wir in Deutschland tun, damit die Eltern ihre Töchter verschonen?

Silke Adam (OV Oranienburger Tor), Referentin bei Burkhardt Müller-Sönksen MdB

Zum Thema

Chance zum Nach-Denken

von Kurt M. Lehner

An der Spitze der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bahnt sich ein Wechsel an: von Klaus Dieter-Lehmann zu Hermann Parzinger. Ob er die vom Gespann Lehmann/Schuster verfahrene Ausstellungskonzeption der Berliner Museenlandschaft flottmachen kann? Lehmann und Schuster setzen alles auf ihr Museumsdisneyland in Mitte: Alles, was die Stiftung an berühmten Ikonen hat, soll dort präsentiert werden. Der Lehmann-Schuster-Museums(alp)-traum wächst über die Spree in die Kasernen, in der einst das DDR-Wachregiment „Friedrich Engels“ stationiert war und wuchert über den Lustgarten ins wiederaufzubauende Schloß.



Alternativen wurden nicht geprüft und werden leider nicht diskutiert. Würde es nicht viel sinnvoller sein, statt die Gemäldegalerie noch auf die Museumsinsel zu zwängen, sie am Kulturforum zu belassen? Das Umfeld baulich aufzuwerten und die Freiflächen zu nutzen, um auch Teile des reichen Depots der Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Könnte so nicht auch die Nationalgalerie wiedervereinigt werden, deren beide Teile auf der Museumsinsel wie am Kulturforum in zwar berühmten, aber gleichermaßen außergewöhnlich unzweckmäßigen Gebäuden untergebracht sind?

Eine Konzentration der abendländischen Malerei am Kulturforum würde dort einen zweiten Museumsstandort von übergeordneter Attraktivität schaffen, der langfristig auch das Museum Berggruen einbeziehen könnte. In Charlottenburg entstünde so Raum für die Dahlemer Sammlungen zu den außereuropäischen Kulturen, die Museumsinsel wäre auf die europäische, mediterrane und nahöstliche Antike fokussiert. Neben der inhaltlich überzeugenderen Gliederung der Sammlungen wäre auch städtebaulich und wirtschaftlich gewonnen, indem der Tourismus sich breiter über das weite Zentrum Berlins auffächerte und derzeit problematische Lagen aufgewertet würden.

Die Wachablösung bei der SPK sollte als Chance zum Nach-Denken genutzt werden.

Dr. Kurt M. Lehner (OV Tiergarten), Sprecher des Bezirksausschusses des BV Mitte und Vorsitzender des LFA Kultur und Medien

Aus dem Abgeordnetenhaus

Medizinstandort Berlin

von Sebastian Czaja

Berlins herausragende Stellung als Forschungs- und Medizinstandort wird immer wieder von politischen Akteuren aller Couleur beschworen. Tatsächlich hat die Hauptstadt diesbezüglich einiges zu bieten. Doch leider trägt die derzeitige Politik nicht dazu bei, die immer noch herausragende Stellung in Deutschland und Europa zu festigen oder auszubauen. Zwei Beispiele:

Die Charité ist Europas größtes Universitätsklinikum. Parallel zu Lehre und Forschung steht die klinische Versorgung von Patienten im Vordergrund. Diese Dienstleistungen sind teuer und strapazieren den Etat der Charité.

Allerdings finden sich Wege, um die Kosten reduzieren zu können, sogar noch einen Gewinn für Forschung und Lehre zu erzielen – ohne dabei den Standard der Patientenversorgung senken zu müssen. So haben die Unikliniken Marburg und Gießen, sekundiert von einer innovativen Wissenschaftspolitik, eindrucksvoll gezeigt, wie dies gelingen kann. Sie haben die Krankenversorgung an die Rhön AG veräußert und arbeiten nun gemeinsam unter einem Dach, wissenschaftliche Exzellenz und medizinischen Standard zu sichern. Der Erlös wurde die Infrastruktur investiert und eine Stiftung zur Förderung der Lehre eingerichtet.

Für Berlin ist die patientenbezogene Forschung (z.B. die Erprobung neuer Medikamente im Zusammenwirken von Ärzten und Patienten) von hohem Stellenwert. Doch mit der erzwungenen Fusion der Ethikkommission der Charité mit der „Behörde“ Landes-Ethikkommission hat der Senat Berlin geschadet. Mit den fragwürdigen Auflagen der Kommission droht ein Rückzug der Auftraggeber. Die Charité schreibt „Hierdurch und durch die Arbeitsweise werden die Vorteile des Forschungsstandortes Berlin mit seiner hohen Dichte leistungsstarker Institute, besten Rekrutierungsmöglichkeiten und einer starken Universitätsmedizin gefährdet.“

Der Senat gefährdet wissentlich den Forschungs- und Medizinstandort Berlin. Das dürfen wir Liberale nicht hinnehmen!

Sebastian Czaja MdA (BV Marzahn-Hellersdorf)



Aus der Landespartei

Besser vernetzt nach innen und außen

von Markus Löning

Mehr Berlinerinnen und Berliner wollen wir von liberaler Politik überzeugen, so der Beschluss des letzten Parteitages.



Was heißt das für den Landesvorstand? Wir erhöhen die Anzahl der Gespräche mit Verbänden, Vereinen und Initiativen in der Stadt. Und wir planen eine Reihe von Veranstaltungen, u.a. zu der Frage, was Lebensqualität in der Großstadt Berlin ausmacht. Wir wollen den Dialog und unsere Vernetzung mit der Zivilgesellschaft verstärken.

Nichts ist für unsere Partei so wichtig, wie ein enger Kontakt zur aktiven Bürgergesellschaft. Letztlich geht es darum, die Menschen, die sich engagieren bei ihrer Arbeit zu unterstützen, Anregungen und Ideen aufzunehmen und in die Parlamente zu tragen.

Als Liberale fordern wir zu Recht von den Bürgern ein aktives Engagement für die Gesellschaft. Wir sollten diejenigen, die das einlösen, dann auch unterstützen.

Nur wenn wir diese Vernetzung auf allen Ebenen vorantreiben, werden wir am Ende erfolgreich sein: die Fachausschüsse und Arbeitskreise in ihren Fachgebieten, die Orts- und Bezirksverbände in den Kiezen und Bezirken.

Mitte Mai treffen sich die Ortsvorsitzenden auf Einladung des Landesvorstandes zum zweiten Mal, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie wir unsere Arbeit vor Ort weiter entwickeln können.

Die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und die Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion habe ich im Auftrag des Landesvorstand eingeladen, um die fachliche Zusammenarbeit zu verbessern. Wie können wir das innerparteiliche Know-how besser für unsere politische Arbeit nutzen, heißt die Frage des Abends.

Besser vernetzt nach innen und außen ist das Ziel. Denn nur wenn wir mit mehr Menschen sprechen, können wir auch mehr überzeugen!

Markus Löning MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Landesvorsitzender der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Kranke Mitte oder kranke Verwaltung?

Peter Pawłowski für die BVV-Fraktion

Die Auswirkungen der Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) beschäftigt die BVV seit vielen Monaten. Der Versuch, den ÖGD zu umstrukturieren ist an sich nicht falsch. Doch die Umsetzung der Reform ist aus der Sicht der FDP-Fraktion mehr als umstritten. Kern der Reform ist die Regionalisierung des Gesundheitsdienstes. Demnach sollten in Berlin vier Gesundheitszentren errichtet werden, die die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung übernehmen. Die Entscheidung darüber, wo und welche Zentren errichtet werden, soll rein fachlicher Natur sein. Und genau an dieser Stelle setzt die Kritik der Liberalen an. Denn entgegen der Empfehlung der Steuerungsrunde verliert der Bezirk Mitte die Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten zugunsten von Charlottenburg-Wilmersdorf. Hinzu kommt, dass der neuste Gesundheitsbericht des Bezirksamtes mit besorgniserregenden Daten hinsichtlich der TBC-Erkrankungen völlig ignoriert wird. Die Beartungsstelle für TBC wird nach Lichtenberg verlegt, das eine weit niedrigere Erkrankungs- und Infizierungsrate aufweist, als Mitte. Der Grund für diese Entscheidungen liegt im Entscheidungsprozeß selbst. Wer glaubt, die Reform des ÖGD sei reine Angelegenheit des Senats, der irrt. Ausschlaggebend ist das Votum der Bürgermeister, die im RDB (Rat der Bürgermeister) über die wichtigsten Reformen in Berlin beraten und ... entscheiden! Und dort stehen nicht unbedingt die fachlichen Kriterien, sondern politische Interessen im Vordergrund. Ähnlich wie in den Parteien, werden im RDB Mehrheiten gebildet, Absprachen getroffen und Deals geschlossen. Doch jetzt hat die Senatsverwaltung für Justiz dem RDB einen Strich durch die Rechnung gezogen. Nach der Auffassung des Senats, müssen die Bürgermeister in Hinblick auf die Reform des ÖGD zu einem einstimmigen Ergebnis kommen. Dass das aber illusorisch ist, liegt in der Natur der Sache. Was nun?

Die Umsetzung der Reform wurde vorerst gestoppt. Die Fraktion der FDP in der Absprache mit den Grünen, der SPD und CDU beschloss, den Gunst der Stunde zu nutzen, und den Senat und die Bürgermeister aufzurufen, ihre Entscheidungen hinsichtlich der Beratungsstellen in

Mitte zu überdenken. In einem offenen Brief appellieren wir an die zuständige Gesundheitsseminatorin Katrin Lompscher (PDS), die Bisherigen Beschlüsse zu revidieren. Eine Antwort steht noch aus. Doch unabhängig von dem Ergebnis, ist es aus der Sicht der FDP-Fraktion nicht hinnehmbar, dass ein beratendes Gremium, wie der Rat der Bürgermeister einen derartigen Einfluss auf die Politik des Senats ausüben kann. Man muss nicht von den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Abgeordnetenhaus begeistert sein, aber die Entscheidung der Wähler muss respektiert und darf nicht durch Beschlüsse der Schattenkabinette konterkariert werden. Das hilft auch der Opposition – denn klare Zuständigkeitsverhältnisse bedeuten auch klare Verantwortung.

Wir sind ansprechbar über das
Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00
www.fdp-fraktion-mitte.de

Wohin strebt Russland: „Lupenreine Demokratie“ oder autoritäres Regime?

Sascha Tamm vom OV OT

Russland steht vor wichtigen politischen Entscheidungen. Im Dezember dieses Jahres finden die Wahlen zur Staatsduma statt, im März 2008 wird der Nachfolger von Präsident Putin gewählt. In letzter Zeit ist das Verhältnis zu Russland wieder stark ins Interesse der Öffentlichkeit gerückt – wegen seines wieder offensiv vertretenen Großmachtanspruchs, wegen des Umgangs mit oppositionellen Gruppen, aber auch wegen seiner Rolle als wichtiger Rohstofflieferant für Deutschland und ganz Europa.

Der OV Oranienburger Tor hat deshalb den Journalisten Alexander Sosnowski, Deutschlandkorrespondent von Moskowskije Nowosti und FDP-Mitglied, eingeladen, um mit ihm über die Zukunftsaussichten Russlands zu diskutieren. In der von Sascha Tamm moderierten Veranstaltung, die am 16.5. um 19.30 Uhr in den Reinhardtstraßehöfen stattfinden wird, geht es neben den Entwicklungen in Russland auch um die derzeitige deutsche Russlandpolitik und die Position der FDP dazu.

Kernthema Kultur

Stefan Scholz für den OV Gendarmenmarkt

Der OV Gendarmenmarkt hat auf seiner Mitgliederversammlung im April konkrete Aktivitäten für das Kernthema Kultur festgelegt. Geplant sind neben kleineren Aktionen zwei größere Veranstaltungen, die den Gedanken des privatwirtschaftlichen Engagements in der Berliner Kulturlandschaft in den Mittelpunkt rücken werden. Ferner verfolgt der Ortsverband weiterhin mit Interesse die Konzepte zur Zwischenutzung des Schlossplatzes. Ein von der FDP Gendarmenmarkt auf dem letzten Landesausschuss eingebrachter Antrag, der den Schlossbau behindernde Konzepte ablehnt, wurde nach einer flammenden Unterstützungsrede von Hellmut Königshaus Königshaus MdB mit großer Mehrheit angenommen.

US-Raketenabwehr und 50 Jahre Hansaviertel

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Auf der Agenda des OV Tiergarten standen im April die weitere Planung der kommenden Veranstaltungen und die Gestaltung der Homepage.

In den letzten Jahren gab es eine ganze Reihe von Ereignissen, die Anlass zu Diskussionen über die transatlantischen Beziehungen im Allgemeinen und das deutsch-amerikanischen Verhältnis im Besonderen gaben. Ein aktuelles Thema ist in diesem Zusammenhang die Debatte über die Stationierung einer US-Raketenabwehr im östlichen Mitteleuropa, die sich zurzeit von den unmittelbar beteiligten Ländern in die benachbarten Regionen und damit auch nach Deutschland ausweitet. Unser Brunch-Thema am 29. April lautete daher: "Die US-Raketenabwehr - ein Beitrag zu Sicherheit und Stabilität? - Partnerschaft, Kommunikation und Fehlannahmungen dies- und jenseits des Atlantik". Mit Dr. Marcus Pindur, Korrespondent beim Deutschlandradio, konnten wir einen profunden Kenner der Materie als Referenten gewinnen und erlebten eine äußerst rege und spannende Diskussion.

Am 12. Mai findet am Hansaplatz die Eröffnungsveranstaltung „50 Jahre Interbau im Hansaviertel“ statt; der OV wird mit einem Stand dabei sein und freut sich über eine rege Teilnahme.

Beschlüsse mit Zukunft

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Der programmatische Antrag des OV-Wilhelmstadt, „Mehr Lehrkräfte an Berliner Schule“ den der Landesparteitag aus Zeitgründen an den Landesausschuss überwiesen hatte, ist mit einem vom Antragsteller übernommenen AA der Schulpolitischen Sprecherin der AGH-Fraktion, Mieke Senftleben, MdA, mit großer Mehrheit vom LA beschlossen worden.

Auf seiner turnusmässigen April-Sitzung hat der OV-Vorstand auf Antrag von Nils Augustin (Stv. Vorsitzender) und Burkhard Grell (Schatzmeister) einige innovative Beschlüsse zur Zukunft der innerverbandlichen Arbeit gefasst. So wurde mit Ziel der Arbeitsbeschleunigung beschlossen, in Ausfüllung von § 52 der Landesatzung, künftig auch "ohne physische Anwesenheit" Vorstandsbeschlüsse fassen zu können – im e-mail Zeitalter sicherlich ein zeitgemäßes Verfahren. Dem Ziel aller Partei-Ebenen, die Aufnahmeverfahren zu verkürzen, folgend, wurde ein praktikables Verfahren beschlossen, welches OV-seitig eine hohe Zeiteffizienz gewährleistet. Des Weiteren gab es Verfahrensbeschlüsse zur Verbesserung der innerverbandlichen Kommunikation. Dieser dient auch die „Wilhelmstädter Depeche“, deren ersten beiden Ausgaben zunächst als reine e-newsletter erschienen.

Bei der April-MV war der BVV-Fraktionsvorsitzende Piotr Pawlowski zu Gast, der engagiert über die Arbeit der -Fraktion berichtet hat. Die lebendige Diskussion dürfte ihm interessante Impulse für die Fraktionsarbeit gegeben haben.

Lebhafte Diskussionen

Holger Sieg für die JuLis Mitte

Am 2. Mai, hatten wir Julis in Mitte wieder unseren allmonatlichen Stammtisch. Es waren eine Reihe Mitglieder und auch zahlreiche Interessenten und Gäste da und wir hatten einen Abend voller lebhafter Diskussionen, auch im Hinblick auf den kommenden Landeskongress Anfang Juni. Die Julis-Mitte wollen zukünftig des Öfteren ihre Zusammentreffen durch Referenten aufwerten. Somit können wir bessere Einblicke in programmatische Themen und Sachverhalte gewinnen. Diese Referentenabende sind natürlich öffentlich und Besuch ist sehr gern gesehen. Unsere ersten Referenten werden am 22.05. Miriam Gruß, MdB, und Thomas Seerig sein, es geht um die Kinderfreundlichkeit in Berlin.

Personalien

(au) Am 14. April hatte sich der Bezirksvorstand Mitte zur Klausur in die wochenendliche Stille des Thomas-Dehler-Hauses zurückgezogen. In einer herzlich entspannten Atmosphäre gab unser Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) wie gewohnt ein schönes Beispiel für den Wert professioneller Organisation und Leitung von Sitzungen, und Schatzmeisterin **Katja v. Maur** (Tiergarten) hatte schmackhaftes Sahnegebäck organisiert, welches die Teilnehmer allerdings erst viele Stunden nach den ersten diesbezüglichen Versuchen kosten durften. Nach ausführlicher Vorstellung der Agenda der AGH-Fraktion durch Schmidt und jener der BVV-Fraktion durch deren Vorsitzenden – und Stellv. Bezirksvorsitzenden – **Peter Pawłowski** (Tiergarten) wurde die Organisation und Vernetzung der politischen Arbeit im Allgemeinen besprochen, worauf sich eine Diskussion und Festlegung von Themenschwerpunkten mit vorläufigen Ansprechpartnern anschloss. Zum 1. Kernthema: „Förderung Clubszenes (im weiteren Sinne)“ sind in diesem Sinne Pawłowski und Beisitzer **Nils Augustin** (Wilhelmstadt) verantwortlich, zum 2. Kernthema „Ehrenamtliche und private Kulturaktivitäten“ v. Maur und Beisitzerin **Christina Busch** (OT), zu dem 3. Kernthema „Kleine Gewerbetreibende u. Geschäftsstraßen“ Schmidt und Beisitzer **Jan Losemann** (Gendarmenmarkt) sowie der Vorsitzende des OV Wedding, **Volker Jürgensen**, zum 4. Kernthema „Förderung von Schulen in freier Trägerschaft und Schulautonomie“ Pawłowski und die Vorsitzende des OV OT, **Frauke Sander**, das Ergänzungsthema „Bedingungen für Fahrradfahrer verbessern“ übernahm die Stellv. Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (OT). Ihren Ausklang fand die ebenso produktive wie vergnügliche Klausur in einem Austausch mit dem als Gast hinzu geladenen Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen, **Mischa Hecker** (Charlottenburg-Wilmersdorf).

(au) Am 17. April hielt der Landesausschuss der Berliner FDP in einer westlichen Vorstadt seine Jahreshauptversammlung ab. Der ausscheidende Sprecher des Gremiums, **Karl-Heinz Bannasch** (Spandau), erfreute die Anwesenden mit einer ungewöhnlich unterhaltsamen Abschiedsrede, bevor **Volker Thiel** MdA (Treptow-Köpenick) zu seinem Nachfolger gewählt wurde. Inhaltlich beschloss der Landesausschuss insbesondere einen vom Vorsitzenden des LFA Innen und Recht, **Peter Schantz** (Charlottenburg-Wilmersdorf), leidenschaftlich begründeten Antrag wider den Schäuble'schen Überwachungsstaat. Ferner

wurde die Fusion der Landesfachausschüsse 12 (Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen) und 13 (Verkehrspolitik) zum LFA „Regionalentwicklung und Verkehr“ beschlossen, welche sodann am 03. Mai vollzogen wurde – zum Vorsitzenden des neu gebildeten Ausschusses wurde **Heinrich v. Scheel** (Steglitz-Zehlendorf) gewählt. Das Themenspektrum hat sich nach der Fusion weitgehend dem Aufgabenbereich der Senatsbehörde für Stadtentwicklung angeglichen, was eines der Ziele der Zusammenlegung war.

(au) Am 25. April lud die Friedrich-Naumann-Stiftung zur „Ersten Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor“ in die Dresdner Bank am Pariser Platz. Der Begrüßung durch Parteifreund **Hartmut Knüppel** und den Stiftungsvorsitzenden **Wolfgang Gerhardt** MdB folgte ein vorzüglicher Vortrag des Verfassungsrichters **Udo Di Fabio** und ein Empfang (sehr lecker). Die zahlreichen Gäste, darunter weite Teile der Hauptstadt-FDP, waren ausgesprochen angetan.

(au) Am 01. Mai versammelten sich bei schönem Sonnenschein hunderte FDP-Mitglieder und Interessierte, viele davon aus unserem BV Mitte, auf dem FDP-Straßenfest und Neumitgliedertreffen in der Reinhardtstraße, umsichtig organisiert von Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Wilhelmstadt). Nach dem Auftritt von **Silvana Koch-Mehrin** MdEP und bei vergnüglicher Moderation durch unseren Generalsekretär **Dirk Niebel** MdB zeigte der Parteichef **Guido Westerwelle** in einer Rede einmal mehr, dass man intelligente Politik für Arbeit besser bei den Liberalen als bei Gewerkschaftsfunktionären sucht. Auf vielen Ständen konnten sich die Besucher über die Aspekte des politischen Wirkens der Liberalen informieren, zum Beispiel auf dem Stand zu dem trefflichen Internet-Auftritt des FDP-Bundesverbandes bei **Harald Ruppe** aus Wilhelmstadt. An den „Tischfussball-Tischen“ erwies sich Parteifreund **Hellmut Königshaus** MdB (Treptow-Köpenick) als unschlagbar.

(bli) **Mstislav Rostropowitsch**, großer Mensch, Musiker und Freiheitskämpfer, starb am 27.04. im Alter von 80 Jahren. „Ich bin kein politischer Mensch“ hat er von sich selbst gesagt, und dennoch war er einer der ganz großen liberalen Geister, war die Verkörperung der Kraft des Herzens und der Liebe. Diese ließ ihn Solschenizyn in sein Haus aufnehmen, sich für Sacharow engagieren. Die Sowjets ahndeten es mit Zwangsausbürgerung. Als der eiserne Vorhang wankte, kam er spontan nach Berlin-Mitte, um an der Mauer auf seinem Cello Bach zu spielen – ein Bild, das um die Welt ging.

Leserbriefe

Klaus-Peter von Lüdeke MdA (BV Steglitz-Zehlendorf)

Sehr geehrter Herr Augustin, besten Dank für die neue Ausgabe von „Liberal Central“. Dort ist zu lesen, dass ich als Vorsitzender von Steglitz-Zehlendorf durch Stefan Kapferer „ersetzt“ wurde. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich habe wie Alexander Ritzmann „nicht mehr kandidiert“, da ich bereits seit etwa einem Jahr öffentlich erklärt hatte, dass ich für einen weiteren Vorsitz nicht zur Verfügung stehe. Ich bin froh, dass mit Stefan Kapferer ein Nachfolger gefunden wurde, der in der Lage ist, unseren nicht unbedeutenden Bezirk zusammenzuhalten (das klappt ja bekanntlich nicht überall). Bezirksvorsitze sollten auch keine Erbhöfe sein, und ehemalige Bezirksvorsitzende erhalten übrigens die Gelegenheit, sich unverkrampft ihrer einstigen Gegner anzunehmen. Mit liberalen Grüßen ...

Heinz-Jürgen Schmidt (BV Reinickendorf)

Lieber Nils Augustin, danke für das dicke liberale Ei. Besonders erhellend alles zum LPT – mehr als in der Presse; Bravo. Unser Parteifreund Koch sollte sein knappes Credo über die Pflicht der Liberalen im Bezug zu den Bürgern doch noch einmal überdenken. In der verkürzten Schlagwichtigkeit ist er dicht an den Roten, die würden jubeln, wenn sie das hörten. Ob er das wirklich will – oder ist seine Umformulierung von Rosa Luxemburg doch nur ein - allerdings fehlgegangener - Gag? Viele liebe Grüße ...

Schlusswort

Gibt es tatsächlich Rabenmütter? von Katja v. Maur

Im Zusammenhang mit der Debatte über die dringende Notwendigkeit der Einrichtung von genügend und gut ausgestatteten Kindergartenplätzen geistert einmal wieder der längst tot geglaubte Begriff der „Rabenmutter“ durch das Land und durch die Medien. Das ist umso erstaunlicher, als dieser Begriff außerhalb des deutschen Sprachraums nicht existiert. In den meisten anderen Ländern kommt also offenbar auch niemand auf die Idee, Frauen, die Kinder haben und ihren Beruf ausüben, mit einem so rabiaten Begriff zu betiteln. Als Liberale frage ich mich zuallererst, wie kann man eigentlich überhaupt darauf kommen, berufstätige Mütter zu kritisieren, wenn es eigentlich darum geht, zum Wohle und im Interesse unserer Kinder und damit unserer Zukunft, Kindergärten und Schulen in ausreichender Zahl und mit ausreichendem Niveau zu verlangen. Eine logische Antwort könnte nur lauten, etwas Besseres als die Mutter zu Hause gibt es für Kinder nicht. Aber wer will da angesichts der Realität so absolut sicher sein? Und das fatale ist, wer könnte dieser Aussage widersprechen ohne sich gleich als Rabenmutter verdächtig zu machen?

Die Art und das Niveau der Diskussion hat meines Erachtens einmal mehr gezeigt, dass einige Politiker und andere Wortgewaltige nicht davor zurückschrecken mit emotionalen Totschlagargumenten Horrorszenarien heraufzubeschwören, nur um im Grunde keine - so dringend gebrauchten - finanziellen Mittel zur Verfügung stellen zu müssen. Wie anders lässt sich verstehen, warum ein längst verschollen geglaubtes Vorurteil derartige Wirkungen entfaltet? Wird hier wirklich Allernächstes behauptet, dass die wahre Berufung für Frauen allein das Muttersein ist und nicht (auch) ihr Beruf? Wo ist denn dann das viel beschworene Wahlrecht, wo die Gleichberechtigung von Vätern und Müttern und vor allem das Wohl des Kindes? Das Recht auf Arbeit und auf einen Beruf ist bei uns doch ein verfassungsmäßig garantiertes Gut. Der Beruf ermöglicht Frauen wie Männern die finanzielle Unabhängigkeit, vor allem auch dann, wenn die Partnerschaft auseinander geht oder einem Partner etwas zustößt. Kann es nicht vielmehr sein, dass Arbeit und Leistung immer noch als etwas Negatives angesehen wird und nicht als Recht oder als Gut, das jedem Menschen zusteht?

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Termine**Mai 2007**

- 07.05 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 08.05 19.00h FNSt: **Politischer Club** – „Freiheit und Diversity: Die menschliche Vielfalt als Erfolgsfaktor für unsere Gesellschaft“ – mit Michael Kauch MdB u.a. – in den Reinhardtstraßenhöfen (Reinhardtstr. 14-16) – Info Michael.Gold@fnst.org
- 08.05 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 09.05 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 10.05 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 12.05 12.00h OV Tiergarten: **Standaktion** am Hansaplatz – bis ca. 20.00h
- 15.05 19.00h DGLI Berlin: **Mitgliederversammlung** – u.a. Neuwahl des Präsidiums – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str.), Raum 320
- 16.05 19.30h OV Oranienburger Tor: **Vortrag und Diskussion** – Thema: Wohin strebt Russland – „Lupenreine Demokratie“ oder autoritäres Regime? – Referent: Alexander Sosnowski – in den Reinhardtstraßenhöfen (Reinhardtstr. 14)
- 19.05 10.00h DGLI: **Liberal International Day** – Thema: „Quo vadis Europa“ – anschließend 13.00h **Mitgliederversammlung** – Atrium der Deutschen Bank Unter den Linden
- 22.05 19.00h JuLis Mitte: **Diskussionsveranstaltung** – Thema: „Kinderfreundliches Deutschland – Die UNICEF-Studie: Folgen und Forderungen“ – mit Miriam Gruß MdB und Thomas Seerig – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str.), Raum siehe Display
- 24.05 17.00h LiG@ Berlin: **Diskussion** „Mütter, Männer, Mixa – Familienpolitik zwischen Fakten und Fiktionen“ – mit Miriam Gruß MdB – im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 24.05 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 24.05 19.00h FNSt: **Podiumsdiskussion** „Welche Freiheit - Plädoyers für eine offene Gesellschaft“ – mit Wolfgang Gerhardt u.a. – im Magnus-Haus Berlin (Am Kupfergraben 7) – Info und Anmeldung Jeannette.Heinemann@fnst.org
- 30.05 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

Juni 2007

- 01.-03.06 OV Tiergarten: **Klausur** in Prag – Info unter sassmichael@yahoo.de
- 03.06 JuLis Berlin: **Landeskongress** – Info unter www.julis-berlin.de
- 04.06 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 05.06 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 10.06 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 12.06 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 13.06 19.00h OV Tiergarten: **Podiumsdiskussion** zur Gesundheitspolitik – mit Daniel Bahr MdB u.a. – Info unter sassmichael@yahoo.de
- 15.-17.06 Bundesverband: **Bundesparteitag** in Stuttgart, Info unter www.parteidtag.fdp.de
- 24.06 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 26.06 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** – Info unter www.fdp-berlin.de
- 27.06 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.